

Russlands Justizministerium strebt Verbot von Jehovas Zeugen in Russland an

Selters/Taunus — Russlands Justizministerium hat beim Obersten Gerichtshof beantragt, „die Religionsorganisation, die Zentrale von Jehovas Zeugen, für extremistisch zu erklären, ihre Tätigkeit zu verbieten und sie aufzulösen“. Am 15. März 2017 teilte der Oberste Gerichtshof auf seiner offiziellen Website mit, dass der Antrag des Ministeriums eingegangen sei. Später erhielt die Zentrale die Mitteilung, dass sich der Oberste Gerichtshof mit dem Auflösungsantrag befassen wird und für den 5. April 2017, 10 Uhr eine Anhörung anberaumt hat.

Sollte der Oberste Gerichtshof diesem Antrag stattgeben, wird die Zentrale der Zeugen Jehovas bei Sankt Petersburg geschlossen. Anschließend würden rund 400 registrierte örtliche Rechtskörperschaften aufgelöst werden und die Gottesdienste von über 2 300 Versammlungen der Zeugen Jehovas in Russland für ungesetzlich erklärt. Das Eigentum des Zweigbüros sowie die Anbetungsstätten, die Jehovas Zeugen landesweit benutzen, könnten vom Staat beschlagnahmt werden. Außerdem würden sich einzelne Zeugen Jehovas durch ihre bloße Glaubensausübung strafbar machen – z. B. nur wegen Gottesdienstbesuch, gemeinsamen Bibellesens oder Gesprächen mit anderen über ihren Glauben.

Wassilij Kalin, ein Vertreter der Zentrale in Russland, erklärt: „Der größte Wunsch eines jeden Zeugen Jehovas in Russland ist, Gott ungestört anbeten zu können. Seit über 100 Jahren haben die Behörden in Russland dieses durch die Gesetze garantierte Recht mit Füßen getreten. Ich war noch ein Kind, als meine Familie unter Stalin nach Sibirien geschickt wurde, nur weil wir Zeugen Jehovas waren. Es ist traurig und verwerflich, dass meinen Kindern und Enkeln ein ähnliches Geschick widerfahren soll. Nie habe ich damit gerechnet, dass uns in Russland erneut religiöse Verfolgung droht.“

Aufgrund des drohenden Verbots ihrer Glaubensausübung in Russland wenden sich die über 8 Millionen Zeugen Jehovas mit einer weltweiten Briefaktion direkt an Vertreter des Kremls und des Obersten Gerichtshofs um Hilfe. Werner Rudtke, Sprecher des leitenden Gremiums von Jehovas Zeugen, Zweigbüro Zentraleuropa: „Wir hoffen, dass diese weltweite Aktion russische Regierungsbeamte dazu bewegen wird, dieses ungerechtfertigte Vorgehen gegen unsere Glaubensbrüder zu unterbinden.“

Medienkontakt:

Deutschland: Wolfram Slupina, Telefon +49 (0)6483 413110
Österreich: Johann Zimmermann, Telefon +43 (0)650 4169334
www.jw.org